

## Kräftiger Aufschwung trotz Bremsspuren

Die deutsche Wirtschaft hat ein Gutteil des Schwungs aus dem vergangenen Jahr in das neue Jahr 2007 mitgenommen. Waren sich die Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Gemeinschaftsgutachten vor einem halben Jahr noch unsicher darüber, wie die Wirtschaft den restriktiven Kurs der Finanzpolitik verkraften würde, so ist jetzt klar, der Aufschwung hat sich gefestigt und ist kräftig. Die erwarteten negativen Folgen der Steueranhebungen für Kaufkraft und Kaufverhalten der privaten Haushalte sind zwar eingetreten, ihre gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen halten sich jedoch vor allem dank der gestiegenen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in engen Grenzen. Dabei spielte die über Jahre andauernde Lohnzurückhaltung eine tragende Rolle. Anregend wirkte auch die kräftige Expansion der Weltwirtschaft.

Auf Basis dieser Diagnose rechnen die Institute in ihrem Frühjahrgutachten damit, dass sich der Aufschwung in diesem Jahr fortsetzt. Allerdings wird das Expansionstempo mit 2,4% geringer sein als im vergangenen Jahr. Hätte man beispielsweise auf die finanzpolitischen Eingriffe verzichtet, wäre ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um rund 3% in diesem Jahr wahrscheinlich. Bremsend wirkt auch das Einschwenken der Europäischen Zentralbank (EZB) auf einen konjunkturneutralen geldpolitischen Kurs. Die Institute erwarten, dass die EZB den maßgeblichen Leitzins im Sommer dieses Jahres um weitere 25 Basispunkte auf 4% anheben wird. Jedoch stehen die monetären Rahmenbedingungen insgesamt einer schwungvollen konjunkturellen Expansion nicht entgegen, da die Kapitalmarktzinsen weiterhin im langfristigen Vergleich niedrig sind. Der Aufschwung wird zudem gestützt durch einen zunächst noch moderaten Lohnanstieg; zwar werden sowohl die Tarif- als auch die Effektivlöhne um rund 2% und damit stärker steigen als im Vorjahr, doch wird die Zunahme der Arbeitskosten durch die Senkung der Lohnnebenkosten gemindert. Getrieben durch die höhere Mehrwertsteuer werden die Verbraucherpreise in diesem Jahr um 1,8% höher sein als im Vorjahr. Mit der Fortsetzung des Aufschwungs verbessert sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt im Jahr 2007 weiter. Die Zahl der Arbeitslosen wird im Jahresdurchschnitt erstmals seit 2001 unter die Marke von 4 Millionen sinken; sie dürfte gegenüber dem vergangenen Jahr um etwa 700 000 auf rund 3¼ Mio. Personen abnehmen.

Auch im kommenden Jahr hält die kräftige wirtschaftliche Expansion an. Dabei erwarten die Institute ein ähnlich hohes Produktionswachstum wie im Verlauf des Jahres 2007. Die Finanzpolitik wird im Großen und Ganzen neutral ausgerichtet sein. Das Budgetdefizit des Staates wird konjunkturbedingt weiter zurückgehen; sogar ein ausgeglichener Haushalt ist wahrscheinlich. Die Investitionstätigkeit der Unternehmen bleibt eine wichtige Stütze für die gesamtwirtschaftliche Expansion. Den größten Wachstumsbeitrag jedoch leisten die privaten Konsumausgaben, die durch den kräftigen Beschäftigungs- und Einkommensanstieg angeregt werden; sie dürften um rund 2% steigen und damit den höchsten Zuwachs seit dem Jahr 2001 aufweisen. Die Impulse aus dem Ausland bleiben kräftig. Im Jahresdurchschnitt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt nochmals um 2,4% zunehmen. Die Zahl der Arbeitslosen wird langsamer als in diesem Jahr zurückgehen; im Jahresdurchschnitt dürfte sie knapp 3,5 Mio. betragen. Die Lebenshaltung wird sich auch 2008 um 1,8% verteuern. Zwar werden die Preiseffekte der Mehrwertsteuererhöhung ausgelaufen sein, der Auftrieb bei den Arbeitskosten dürfte sich aber beschleunigen. Die Institute rechnen damit, dass die Tarifabschlüsse per saldo die Beschäftigung nicht mehr fördern. Der höhere



Udo Ludwig

---

Kostenauftrieb beeinträchtigt auch die Unternehmensgewinne, und die Rentabilität der Investitionen geht zurück. Die Inflationsrate ist nicht mehr nennenswert niedriger als im übrigen Euroraum. Anders als in den vergangenen Jahren gewinnt Deutschland kaum noch an preislicher Wettbewerbsfähigkeit.

Die gute Konjunktur sollte die Wirtschaftspolitik nicht dazu verleiten, in den Reformanstrengungen nachzulassen. Die Arbeitslosigkeit ist strukturell nach wie vor sehr hoch, und die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist nicht abgeschlossen. Die Defizitquote Deutschlands dürfte zwar in diesem Jahr aufgrund konjunkturbedingter Mehreinnahmen und Minderausgaben, vor allem aber wegen der Erhöhung von Steuern und des Abbaus von Steuervergünstigungen nochmals deutlich sinken, und im nächsten Jahr dürfte das Defizit sogar verschwinden. Strukturell ist der Haushalt indes noch nicht ausgeglichen. Um einen über den Konjunkturzyklus gesehen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, muss die Finanzpolitik nicht nur Begehrlichkeiten insbesondere bei konsumtiven Ausgaben abwehren, sie muss im Gegenteil weiter bei den konsumtiven Ausgaben sparen. Dies ist auch deshalb erforderlich, weil Spielräume entstehen müssen, um zum einen die Steuer- und Abgabenlast zu senken und zum anderen die qualitative Konsolidierung voranzubringen. Der Staat sollte seine investiven Ausgaben und deren effizienten Einsatz erhöhen, um die Wachstumschancen zu verbessern.

Die Steuerquote in Deutschland wird im Prognosezeitraum, ungeachtet der Senkungen der Unternehmensteuern, wieder steigen. Das Ziel der Finanzpolitik sollte sein, mittelfristig die Lohn- und Einkommensteuer zu senken, um Wachstum und Beschäftigung zu fördern. Aber auch bei den Unternehmensteuern besteht weiterhin Änderungsbedarf, da die Reform 2008 nicht sehr ehrgeizig ist. Auch verschlechtert die Abschaffung der degressiven Abschreibung für Ausrustungsgüter für sich genommen die Investitionsbedingungen, da die Kapitalnutzungskosten steigen. Um die Sachkapitalbildung anzuregen, schlagen die Institute vor, die degressive Abschreibung im kommenden Jahr nicht abzuschaffen.

Eine kräftige Investitionskonjunktur trägt insbesondere dann zu mehr Beschäftigung bei, wenn in der laufenden Tarifrunde der beschäftigungsneutrale Verteilungsspielraum, den die Institute derzeit zwischen 2,5 und 3% Lohnanstieg beziffern, nicht vollständig ausgeschöpft wird. Angesichts der immer noch hohen Arbeitslosigkeit sind solche Lohnabschlüsse aus gesamtwirtschaftlicher Sicht geboten. Der guten Konjunktur in einzelnen Branchen sollten die Tarifparteien in Form von Einmalzahlungen Rechnung tragen. Zur Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt haben auch einige der Reformen der vergangenen Jahre beigetragen, etwa die Deregulierung der Leiharbeit und die Kürzung von Lohnersatzleistungen. Um die Langzeitarbeitslosigkeit zu verringern, wären weitere Reformen des Arbeitsmarktes und der Arbeitsmarktpolitik erforderlich. Diskutiert, und zum Teil umgesetzt, werden allerdings kontraproduktive Vorschläge, wie ein gesetzlicher Mindestlohn. Mindestlöhne sind entweder wirkungslos oder vernichten Arbeitsplätze.

Die Geldpolitik sieht sich aufgrund der guten Konjunktur einem erhöhten Inflationsrisiko gegenüber. Während die Wirtschaft im übrigen Euroraum nur wenig rascher wächst als das Produktionspotential, wird in Deutschland die Outputlücke merklich positiv. Daher dürfte die EZB etwaigen inflationären Tendenzen in Deutschland besondere Beachtung schenken. Auch deshalb sehen die Institute in der laufenden Tarifrunde in Deutschland ein Risikopotential. Erhöht sich der Preisanstieg im Euroraum kräftiger als von den Instituten mit rund 2% prognostiziert, müsste die EZB die geldpolitischen Zügel stärker straffen, um eine Verletzung ihres Stabilitätsziels zu verhindern, zumal die Liquiditätsausstattung im Euroraum nach wie vor reichlich ist.

*Udo Ludwig ist Leiter der Abteilung „Makroökonomik“  
des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)*